

Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anzeigengebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilagen 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 284. Mittag-Ausgabe.

Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Dinstag, den 21. Juni 1864.

Telegraphische Depesche.

Frankfurt a. M., 20. Juni. Das „Frankfurter Journal“ meldet in einem Telegramm aus Wien, daß in der am Sonnabend stattgehabten Konferenzigung England verlangt habe, daß die Grenzlinie durch einen Schiedsrichter festgesetzt werde, dem die Bedingung vorzuschreiben, daß die Linie nur innerhalb der von den deutschen Mächten geforderten Apenrade-Lönderschen Linie und der von Dänemark angenommenen Schlei-Linie liegen dürfe. Der Graf Rechberg wolle in Karlsbad für diesen englischen Vorschlag wirken.

In Sachen Schleswig-Holsteins

Schleswig, 18. Juni. [Der F.-M.-Lieut. v. Gablenz] war bei der Inspicirung der preussischen Truppen auf dem Schlosse Gottorf nicht zugegen, wie uns irrthümlich mitgeteilt worden war. Se. Maj. der König von Preußen hatte dem Prinzen Friedrich Karl ein silbernes Signalhorn mit dem Auftrage überreicht, selbiges dem tapfersten Regimente zu übergeben. General von Gansstein wurde von dem Oberbefehlshaber, dem Prinzen, beauftragt, diesen Auftrag auszuführen. Nach einer Anrede an das hier wieder heim geführte 35te preuß. Regiment, worin er bemerkte, daß alle Truppentheile brav, das 35. Regiment aber das bravste der braven sei, übergab er diesem das Signalhorn. Mittags war der F.-M.-Lieut. v. Gablenz bei Sr. k. h. dem Prinzen Friedrich Carl zum Diner auf Louisenlund. Nach seiner Rückkehr — die ganze Stadt hatte bereits gestern ihren Fahnen Schmuck entfaltet — spielte das Musikcorps vor seiner Wohnung im Rauen'schen Gasthose. Dann brachte der schleswiger Gesangsverein dem Helden ein Ständchen unter Begleitung der Turner, der Mitglieder des Bürgervereins, der seine Versammlung abbrach, und sonst noch von Hunderten von Menschen.

[Cinquantierungslast.] Da die Cinquantierungslast hinsichtlich der Verproviantirung sich für eine große Anzahl hiesiger Hausbesitzer als unerschwinglich herausgestellt hatte, indem bei dem besten Willen als unerschwinglich herausgestellt hatte, indem bei dem besten Willen kleine Leute den Soldaten das Nöthigste nicht verabreichen können, so hatte der Bürgerverein bei den städtischen Collegien beantragt, daß eine Anleihe gemacht werden möge, um aus derselben Vorschüsse zu verabreichen. In einem Schreiben des hiesigen Magistrats vom 16. d. M. geht nun hervor, daß derselbe, um der immer fühlbarer werdenden Cinquantierungslast Abhilfe zu schaffen, die erforderlichen Anträge sowohl bei dem Armee-Obercommando wie bei der obersten Civilbehörde gestellt hat.

Flensburg, 18. Juni. [Die Stellung des Herzogs zu Preußen.] Die hier erscheinende „Nordd. Ztg.“ schreibt: Die „N. A. Z.“ bringt heute unter der Ueberschrift: „Der Herzog Friedrich in Berlin“ einen von der Elbe datirten Artikel, der das Auftreten des Herzogs verteidigt und die „Verleumdungen“ der preussischen Presse zurückweisen will. Wenn der Verfasser, wie er sich den Anschein giebt, recht unterrichtet ist, so gewinnt es in der That den Anschein, als ob der Herzog alle Concessionen an Preußen von der Hand gewiesen habe. Es heißt in dem Artikel: „Wir wissen über das Einzelne nichts, das aber wissen wir, daß es sich um solche Einrichtungen gehandelt hat, welche die Selbstständigkeit der Lande nicht im Interesse des Bundes, sondern zu specifisch preussischen Zwecken absorbirt haben würden, um Einrichtungen, welche, da von einer Annexirung einmal nicht die Rede sein konnte, wenigstens eine Art von Basallenthum hergestellt haben würden. Wenn dieser Art von Zumuthungen gegenüber der Herzog erklärt hat: „er könne in Angelegenheiten, welche das Interesse des Bundes und der Gesamtheit der deutschen Staaten auf das Tiefste berühren, nicht präjudicirende Erklärungen gegen einen einzelnen Staat und im Interesse dieses einzelnen Staats abgeben“, so hat damit nicht der angehende Souverän lächerliche Souverainitätsgefühle, sondern der angehende Bundesfürst eine Gefinnung gezeigt, die man jedem Bundesfürsten wünschen kann.“ Wir bezweifeln, daß man hier im Lande (also in Schleswig-Holstein!) mit dieser Auffassung der für einen Bundesfürsten wünschenswerthen Gefinnung einverstanden ist.

Flensburg, 18. Juni. [Verordnung über Kirchen- und Unterrichtssprache.] Das heute ausgegebene „Verordnungsblatt“ für das Herzogthum Schleswig enthält folgende vom 8. d. M. datirte (bereits telegr. gemeldet) Verordnung, betreffend die Kirchen- und Unterrichtssprache in verschiedenen Kirchspielen der Propstei Lönnd. „Unter Ausübung der Bestimmungen im Schreiben des außerordentlichen Regierungs-Commissärs für das Herzogthum Schleswig an das Kirchenvisitationarium der Propstei Lönnd vom 7. Febr. 1851 verfügt die oberste Civilbehörde nach sorgfältiger Untersuchung der Sprachverhältnisse und in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung in den unten genannten Kirchspielen hierdurch: 1. In Beziehung auf die Kirchspiele Avenstrup, Humtrup, Klitzbüll und Eck: a. Die Kirchen- und Schulsprache soll in diesen Kirchspielen die deutsche sein. b. Für den Unterricht in den Schulen treten dieselben Bestimmungen ein, welche für diejenigen Kirchspiele gelten, in denen die deutsche Sprache bisher schon die alleinige Unterrichtssprache war. — 2. In Beziehung auf die Kirchspiele Süder-Lügum, Braderup, Carlum, Ladelund, Uberg und Meddelby: a) Am ersten Sonntage eines jeden Monats, Vormittags, soll der Gottesdienst in dänischer, an allen übrigen Sonn- und Festtagen, sowie am dritten Sonntage eines jeden Monats Vormittags, aber in deutscher Sprache gehalten werden. b) Andere gottesdienstliche Handlungen werden in deutscher und nur dann, wenn die Betheiligten es wünschen, in dänischer Sprache vorgenommen. Auf besonderes Verlangen der betheiligten Eltern oder Vormünder ist auch der Confirmandenunterricht in dänischer Sprache zu ertheilen. c) Die Unterrichtssprache soll in den Schulen dieser Kirchspiele, mit Ausnahme der Schule in Jarbelund, die deutsche sein. Die dänische Sprache wird unter die Unterrichtsgegenstände dergestalt aufgenommen, daß dazu mindestens 4 St. wöchentlich verhandelt werden. d) Die Unterrichtssprache in der Schule zu Jarbelund, Kirchspiels Meddelby, soll die dänische sein. Die deutsche Sprache wird unter die Unterrichtsgegenstände dergestalt aufgenommen, daß dazu mindestens 4 Stunden wöchentlich verhandelt werden.“

Preußen.

Berlin, 20. Juni. [Amtliche.] Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht, an die nachstehenden Officiere für Auszeichnung während der kriegerischen Operationen in Schleswig u. folgende Orden zu verleihen und zwar: vom Stabe der kombinierten Garde-Infanterie-Brigade: dem Hauptmann v. Noß, vom 2. Garde-Regiment zu Fuß und Adjutanten der kombinierten Garde-Infanterie-Brigade, die Schwerter zum k. k. Kronenorden vierter

Klasse, dem Premier-Lieutenant v. Henningses, vom Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 und Adjutanten der kombinierten Garde-Infanterie-Brigade, den rothen Adlerorden vierter Klasse mit Schwertern; vom Stabe der kombinierten Garde-Grenadier-Brigade: dem Premier-Lieutenant v. Brochme, vom 2. Garde-Regiment zu Fuß und Adjutanten der kombinierten Garde-Grenadier-Brigade, den rothen Adlerorden vierter Klasse mit Schwertern;

vom 3. Garde-Grenadier-Regiment Königin Elisabeth: dem Obersten v. Winterfeld, Kommandeur des Regiments, die Schwerter zum rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Major v. Pannemitz, die Schwerter zum rothen Adlerorden vierter Klasse;

vom 4. Garde-Grenadier-Regiment Königin: dem Oberstlieutenant von der Osten, die Schwerter zum rothen Adlerorden vierter Klasse.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den Landstallmeister Bettich zum vortragenden Rath im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten; und an Stelle des verstorbenen Consuls C. Meiß in Guayaquil den dortigen Kaufmann C. W. Garbe zum Consul daselbst zu ernennen.

Die Ernennung des Kreisrichters Kraemer in Erfurt zum Rechtsanwalt in Mühlhausen und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Halberstadt ist zurückgenommen.

Der bisherige Geheimde-Kanzlei-Sekretär im Marine-Ministerium, Bergmann, ist zum Geheimen Kanzlei-Inspektor daselbst ernannt worden.

(St.-Anz.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Rosenzweig, Hauptmann und Comp.-Chef im 5. Westfäl. Inf.-Reg. Nr. 53, zum Major befördert. v. Zander, Major im 5. Thür. Inf.-Reg. Nr. 41, von dem Commando zur Wahrnehmung der Geschäfte des 1. Bat. (Königsberg) 1. Ostpreuß. Landwehr-Reg. Nr. 1 entbunden. Koch, Major vom 4. Pof. Inf.-Reg. Nr. 53, in das 7. Ostpreuß. Inf.-Reg. Nr. 44, Riese, Major vom 2. Schles. Gren.-Reg. Nr. 11, in das 4. Pof. Inf.-Reg. Nr. 59, v. Bonin, Major vom Hohenz. Inf.-Reg. Nr. 40, unter Entbindung von dem Commando als Adjutant bei dem Gen.-Commando des VII. Armeecorps und des comb. Armeecorps, in das 2. Schles. Gren.-Reg. Nr. 11 befördert. v. Drigalski, Hauptmann von der 1. Gendarmarie-Brig., zur 6. Gend.-Brig., v. Malachowski, Major von der 1. Gendarmarie-Brig., zur 3. Gend.-Brig., v. Briesen, Major vom Gren.-Reg. Königin Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommerschen) Nr. 2, v. Malottki, Major vom 5. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 42, Patente ihrer Charge verliehen. Lutz, Pr.-Lt. vom 1. Schles. Gren.-Reg. Nr. 10, tritt als Adjutant von der 20. zur 10. Inf.-Brig. über. Melms, Pr.-Lt. vom Schles. Inf.-Reg. Nr. 38, als Adjutant zur 20. Inf.-Brig. commandirt. Schneyder, Sec.-Lt. vom 3. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 50, zum Prem.-Lt. Schuch, Sec.-Lt. vom 4. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 51, zum Premier-Lt. v. Humbracht, Port.-Fähn. von dem. Reg., zum Sec.-Lt., v. Hohenstadt, Sec.-Lt. vom 1. Oberschl. Inf.-Reg. Nr. 22, zum Pr.-Lt., Lettgau, Optm. und Comp.-Chef vom 5. Rhein. Inf.-Regim. Nr. 65, zum Major befördert. v. Bonin, Major vom Kriegsministerium, unter Verlegung zum Stabe des Jng.-Corps, zum Commandeur des Pomm. Pionnier-Bat. Nr. 2 ernannt. Adler, Hauptmann von der 2. Jng.-Inf., in seiner Eigenschaft als Compagnie-Commandeur vom Brandenburgischen Pionnier-Bat. Nr. 3, unter Verlegung zur 1. Jng.-Inf., zum Garde-Pionnier-Bataillon übergerufen. Graf v. d. Rede-Polmerstein, Pr.-Lt. vom 1. Aufg. des 2. Bats. (Breslau) 1. Garde-Gren.-Landw.-Regts. und commandirt zur Dienstleistung beim Ersatz-Bat. des 3. Garde-Regts. Königin Elisabeth, zum Hauptmann befördert. Gr. v. Pödlitz, Sec.-Lt. vom 1. Aufg. des 2. Bats. (Hirschberg) 2. Niederschl. Regts. Nr. 7 und commandirt zur Dienstl. beim Ersatz-Bat. des 3. Garde-Gren.-Regts. Königin Elisabeth, zum 1. Aufg. des 2. Bats. (Breslau) 1. Garde-Gren.-Landw.-Regts. befördert. Granier, Sec.-Lt. v. 2. Aufg. des 1. Bats. (Gleiwitz) 1. Oberschl. Regts. Nr. 22, in das 3. Bat. (Landenberg) 1. Brandenburgischen Regts. Nr. 8, Müller, Sec.-Lt. von dem 1. Aufg. des 1. Bataillons (Breslau) 3. Brandenburg. Regts. Nr. 20, Sachs, Sec.-Lt. vom 1. Aufg. des 2. Bats. (Hirschberg) 2. Niederschl. Regiments Nr. 10, in das 3. Bat. (Spandau) 3. Brandenburg. Regts. Nr. 20, Sachs, Sec.-Lt. vom 1. Aufg. des 2. Bats. (Hirschberg) 2. Niederschl. Regiments Nr. 10, in das 3. Bat. (Spandau) 3. Brandenburg. Regts. Nr. 20 einrangirt. Sagemann, Vice-Batm. vom 3. Bat. (Glogau) 1. Niederschl. Regts. Nr. 6, zum Sec.-Lt. bei der Cav. 1. Aufg. befördert. v. Gabain, Sec.-Lt. vom 2. Aufg. des 1. Bat. (Spandau) 3. Brandenburg. Regts. Nr. 20 in das 2. Bataillon (Hirschberg) 2. Niederschl. Regts. Nr. 7 einrangirt. Stache, Sec.-Lt. v. 1. Bat. (Breslau) 3. Niederschl. Regts. Nr. 10 und zum. zur Dienstl. bei dem Ersatz-Bat. des 1. Schles. Gren.-Regts. Nr. 10, aus dem 2. in das 1. Aufg. zurückversetzt. v. Gofler, Sec.-Lt. vom 2. Aufg. des Bataillons Wohlau Nr. 38, zum Pr.-Lt., Seiffert, Schölzel, Vice-Feldw. vom 3ten Bat. (Münsterberg) 4. Niederschl. Regts. Nr. 11, zum Sec.-Lt. 1. Aufgebots befördert. Graf v. Stillfried-Raitonitz, Pr.-Lt. vom 2. Aufg. des 2. Bats. (Brieg) 4. Niederschl. Regts. Nr. 11, in das 3. Bat. (Schweidnitz) 3. Niederschl. Regts. Nr. 10, Zuder, Sec.-Lt. von der Art. 1. Aufg. des 2. Bats. (Groß-Strehlitz) 2. Oberschl. Regts. Nr. 23, in das 1. Bat. (Gleiwitz) 1. Oberschl. Regiments Nr. 22, Lindner, Sec.-Lt. vom 2. Aufgebots des 3. Bats. (Oppeln) 2. Oberschl. Regts. Nr. 23, in das 3. Bataillon (Ratibor) 1. Oberschl. Regiments Nr. 22, Grün, Sec.-Lt. von der Art. 1. Aufg. des 1. Bats. (Glogau) 4. Niederschl. Regts. Nr. 11, in das 1. Bat. (Neisse) 2. Oberschl. Regts. Nr. 23, Stodmann, Sec.-Lt. vom 2. Aufg. des 1ten Bats. (Breslau) 3. Niederschl. Regts. Nr. 10, in das 2. Bat. (Groß-Strehlitz) 2. Oberschl. Regts. Nr. 23 einrangirt. v. Zigenitz, Oberst vom 7ten Ostpreuß. Inf.-Regt. Nr. 44, mit Pension und Regts.-Unif. zum Disposition gestellt, und zugleich mit der einstweiligen Vertretung des Commandos des 1. Bat. (Königsberg) 1. Ostpreuß. Landwehr-Regts. Nr. 1 beauftragt. von Arenstorff, Major von der 3. Gendarmarie-Brig., mit Pension und der Uniform des 1. Schles. Husaren-Regts. Nr. 4 der Abschied bewilligt. von Plessen, Gen.-Major und Commandeur der 15. Inf.-Brig., in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs, als Gen.-Lt. mit Pension zur Disposition gestellt. v. Mour, Oberst und Commandant von Neisse, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs, als Generalmajor mit Pension zur Disposition gestellt. v. Heimb, Hauptmann und Comp.-Chef vom 3. Niederschl. Inf.-Regiment Nr. 50, mit Pension, Ausf. auf Civilvers. und Regts.-Unif. der Abschied bew. v. Schweinichen, Prem.-Lieutenant vom 3. Oberschl. Infanterie-Regiment Nr. 62, mit Pension zur Disposition gestellt, und zugleich zum Führer des Hafen-Gendarmarie-Commandos in Swinemünde ernannt. v. Meier, Major vom 5. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 65, mit Pension und der Uniform des 4. Brandenburg. Inf.-Regts. Nr. 24, Bar. v. Albedyhl, Major vom 2. Pof. Inf.-Regt. Nr. 19, als Oberst-Lt. mit Pension, Ausf. auf Civilversorgung und der Uniform des 1. Pof. Inf.-Regts. Nr. 18, der Abschied bewilligt. Jordan, Sec.-Lt. vom 1. Aufg. des 3. Bats. (Glogau) 1. Niederschl. Regts. Nr. 6, Deek, Hauptm. vom 2. Aufg. des 3. Bats. (Oppeln) 2. Niederschl. Regts. Nr. 7, Mittelstädt, Pr.-Lt. von der Art. 1. Aufg. des 3. Bats. (Krotochin) 2. Pof. Regts. Nr. 19, diesem als Hauptmann, beiden mit ihrer bissh. Unif., wie solche bis zum Erlaß der Cabinets-Ordre vom 2. April 1857 getragen wurde, der Abschied bewilligt. Ränzer, Pr.-Lt. vom 2. Aufg. des 2. Bats. (Kofel) 1. Oberschl. Regts. Nr. 22, v. Roscielski, Pr.-Lt. von der Cav. 2. Aufg. des 3. Bats. (Oppeln) 2. Oberschl. Regts. Nr. 23, mit ihrer bissh. Unif., wie solche bis zum Erlaß der Cab.-Ordre vom 2. April 1857 getragen wurde, der Abschied bewilligt. Graf v. Korff-Schmising-Kerssenbrod, Sec.-Lt. vom 1. Aufg. des 1. Bats. (Münster) 1. Westfäl. Regts. Nr. 13, der Abschied bewilligt. Dr. Schirde, Militär-Arzt vom 2. Schles. Draa.-Regt. Nr. 8, auf sein Ansuchen in den Vurlaubenstand entlassen. Die Unter-Merzte: Dr. Heinrich, beim Train-Bat. des 6. Armeecorps, Dr. Härtel, vom Kaiser Alexander Garde-Gren.-Regt. Nr. 1, zum Schles. Draa.-Regt. Nr. 8 befördert. Dr. Kühne, vom Schles. Inf.-Regt. Nr. 38, zum Westpreuß. Ulanen-Regt. Nr. 1 befördert. Dr. Ullrich, Militär-Arzt des 3. Bats. 1. Oberschl. Regts. Nr. 22, Dr. Schneider, vom 1. Bat., Dr. Lorenz, vom 3. Bat. 1. Schles. Regts. Nr. 10, sämtlich nach zurückgelegtem dienstpflichtigen Alter aus dem Militärverhältnis entlassen.

Se. Maj. der König hat dem Comite zur Unterstützung der Abgebrannten in Goldberg durch den Geh. Hofrath Bork 1000 Thlr. überlassen lassen.

[Herr v. Bismarck und Graf Rechberg.] Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: Sicherem Vernehmen nach haben Hr. v. Bismarck und

Graf Rechberg bereits, entweder gestern Abend oder heute Vormittag, in Karlsbad eine Unterredung gehabt, wohl bezüglich der neuen Wendung der Dinge auf der londoner Konferenz. Der österreichische Minister ist demnach seinem kaiserlichen Herrn von Rissingen nach Karlsbad vorausgeeilt.

[In Folge der von der dänischen Regierung mehrfach geführten Beschwerden wegen Verletzung der Waffenstillstands-Bedingungen] von Seiten Preußens hat, der „N. Z.“ zufolge, Herr von Bismarck unter dem 8. d. M. eine diesen Gegenstand behandelnde Depesche an den Grafen Bernstorff geschickt, deren Inhalt von speziellem Interesse ist. Die Depesche bezieht sich auf eine von dem englischen Botschafter in Berlin mitgetheilte Beschwerde Dänemarks, welche letztere nach London geschickt hatte, und beginnt mit der Erklärung, daß Preußen sich eigentlich auf die früheren Aufschlüsse berufen könnte, welche Graf Bernstorff in der Konferenz zu geben beauftragt war; aus besonderer Rücksicht für England wolle Preußen sich jedoch zu einer neuen Widerlegung herbeilassen. Dänemark behauptet, daß in den Tagen, welche dem Waffenstillstande vorangingen, die preussischen Truppen durch alle Mittel das Eintreiben der Kriegsteuer beschleunigt hätten; daß man in Aarhus den Zahlungstermin sogar abgeführt habe, damit man vor dem 12. Mai auf die zum Pfande bestimmten Waaren Sequester legen könnte. Nun habe aber der Oberbefehlshaber der Armee, als er am 28. die Contribution ausfuhrte, diese innerhalb 48 Stunden, vom 30. ab gerechnet, verlangt gehabt. Auf den Vorschlag des Ministeriums hat Se. Majestät der König die Frist noch auf acht Tage verlängert, und selbst später hat man die Ausführung mit der größten Schonung gehandhabt. Dies beweist am besten die Unbedeutendheit der eingegangenen Summen. An vielen Orten hat man sogar schon am 10. d. M. aufgehört. Es ist wahr, daß die vor dem 12. d. M. mit Befehl belegten Waaren nicht wiedergegeben wurden; aber dies war auch nicht stipulirt, und die Dänen haben die ausgebrachten Schiffe auch nicht zurückgefordert. Daß das preussische Militär die dänischen Beamten in ihren Functionen stört, ist durchaus unwahr, und eben so unwahr ist, daß seit dem 12. Mai neue Punkte besetzt worden sind. Es ist unbegründet, wie Dänemark solche Anlagen erheben kann, da die Commandanten beider Armeen über eine Demarcationslinie übereingekommen sind. Noch sonderbarer ist die Anlage, daß die Dänen sich des Telegraphen nicht bedienen können. Sie selbst waren es, die ihn zerstört haben; die Alirten mußten die Drähte auf eigene Kosten wieder herstellen, so daß gar kein dänischer Telegraph mehr existirt. Im Uebrigen hat man den Dänen sogar die Erlaubnis erteilt, an den Pfählen ihre eigenen Drähte zu ziehen. Alle Lebensmittel werden gut bezahlt. Wenn Vorräthe ausgegeben werden, so sind 2 Kassen da, welche sie wöchentlich ausgeben. Für die Cinquantierung wird allerdings nichts vergütet; denn die Waffenruhe stipulirt, daß die Truppen fortzufahren, Jütland zu besetzen. Uebrigens war es ja Dänemark, welches die Waffenruhe dem Waffenstillstande vorgezogen hat, so daß der Krieg rechtlich fort dauert und Preußen, wenn es gewollt hätte, viel weiter hätte gehen können. Dänemark könne sich nicht daran gewöhnen, die deutschen Truppen als feindliche zu betrachten. Wollte es doch sogar Mauth auf die Verproviantirung der Truppen erheben! Warum sie nicht ebenjogut Steuern zahlen lassen? Die Zerstörung der Festungswerke von Düppel ist ganz naturgemäß und keine Störung der Waffenruhe; die Dänen errichten Festungswerke auf Alsen und Sühnen. Weit mehr habe daher auch Preußen ein Recht, sich über Verletzungen zu beklagen; denn die Befestigungen werden fortgesetzt, Kriegsschiffe sind zwischen die frischen Inseln eingelaufen, wo sie schleswische Schiffe gelapert und Siegel angelegt haben. Auch ist die Rekrutirung in Jütland eine während dieses Zustandes rechtswidrige Maßregel.

[Zur Theilung Schleswigs] schreibt die „B.-u. H.-Z.“:

Der Prinz v. Noer, Oheim des Herzogs Friedrich, hat — was übrigens schon von Paris berichtet wurde — in einem Rundschreiben an alle Regierungen in seiner Eigenschaft als ältestes Mitglied der zweiten Linie des augustinburgischen Hauses gegen jede Theilung Schleswigs feierlich Verwahrung eingelegt. Wir fürchten, daß so wenig diese Verwahrung, als die übrigen, aus der Mitte der theilhaftigen Bevölkerung selbst hervorgegangenen Proteste die Theilung werden verhindern können; doch ist wenigstens nach übereinstimmenden Nachrichten von Berlin und Wien die tröstliche Aussicht vorhanden, daß die deutschen Mächte von der Linie Lönnd-Apenrade nicht abgehen und das Verbleiben des nördlich dieser Grenze liegenden Theiles von Schleswig auch nur unter Vorbehalt der Zustimmung der Bevölkerung zuzugehen entschlossen sind. Hiernach scheint auch Oesterreich seine Abneigung gegen Volksabstimmung, die von Preußen schon in einem früheren Stadium der Verhandlungen überwunden war, aufzugeben zu haben. Ob übrigens unter solchen Umständen der Wiederausbruch des Kampfes oder die Beendigung des Krieges das Wahrscheinlichere ist, läßt sich schwer sagen; die Telegramme entscheiden überwiegend für die zweite Alternative, die bisherige Haltung Dänemarks würde ohne Zweifel der ersteren zur Seite stehen, wenn nicht die in Kopenhagen eingetretene Ministerkrise der dortigen Politik eine zur Nachgiebigkeit und damit zur Herstellung des Friedens führende Wendung giebt. Die nächsten Tage müssen in dieser Richtung die Entscheidung bringen.

[Der Nord-Ostsee-Kanal.] Die „B. B. Z.“ schreibt: Wir machten bereits von Anfang an geltend, daß es sich bei der Ausführung des Nord-Ostsee-Kanals nimmermehr um ein Actienunternehmen im gewöhnlichen Sinne des Wortes handeln könne, da bei dem großen erforderlichen Capital von 35 Millionen Thalern auf eine Rentabilität wohl für längere Zeit nicht gerechnet werden kann. Es wird deshalb vielleicht von Interesse sein, zu erfahren, daß der Staatsminister v. d. Heydt in einem Schreiben, welches er als Vorsitzender des für die Ausführung des Kanals zusammengetretenen Comite's an das Staatsministerium gerichtet hat, der Regierung gegenüber geltend macht, daß für eine Verwirklichung des Projects entweder eine 4 1/2 % ige Zinsgarantie für das ganze aufzubringende Capital oder eine Betheiligung des Staats mit etwa 15 Millionen Thaler erforderlich wäre, während letzteren Falls die übrigen 20 Millionen Thaler, denen aber in Beziehung auf die Verzinsung eine Priorität vor der staatlichen Betheiligungsumme einzuräumen wäre, dann durch Actiensubscription beschafft werden sollen. Es beweist dies, daß man sich auch im Schooße des Comite's in Beziehung auf die Rentabilität keinen Illusionen hingiebt.

[Zollverein.] Die wohlthätigen Folgen des entschiedenen Vorgehens Preußens in der Zoll-Angelegenheit treten von Tag zu Tag deutlicher hervor. Dem Vernehmen nach soll nun, außer den bereits bekannten Staaten, auch Nassau seine Geneigtheit zu erkennen gegeben haben, dem deutsch-französischen Handelsvertrage beizutreten. Ferner wird geschrieben: Im Laufe der vergangenen Woche soll sich das kurhessische Ministerium, in vollständiger Uebereinstimmung mit dem einhelligen Beschluß der Ständeversammlung, die nach dieser Richtung hin vollkommen die in der Bevölkerung herrschende öffentliche Meinung repräsentirt, für das Verbleiben Kurhessens im Zollverein und den Anschluß an den preussisch-französischen Handelsvertrag entschieden haben. An entscheidender Stelle soll dieser Beschluß indeß einen Widerstand finden, der einen Ministerwechsel als nicht unwahrscheinlich erscheinen läßt. Wir werden somit möglicher Weise eine neue Auflage des Schauspiels: „Ein Sturm im Glase Wasser“ erleben.

Ein vorzügliches Pianino [7561]
von Polyander ist preiswürdig zu verkaufen Sonnenstraße 14, par terre.
Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.